

## **Unsere Hochschulen und Universitäten können mehr!**

Die Hochschulen und Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern wurden in den vergangenen Jahrzehnten von der Politik stark vernachlässigt. Hochschulpolitik galt und gilt vor allem der großen Koalition eher als lästig. Substanzielle Veränderungen wurden lediglich durch den Druck von Studierenden und Hochschulen erwirkt und es mangelt vor allem an kreativen Weitblick und dem Mut auch in dem wenig populären Bereich der Hochschulpolitik zu investieren und neue Wege zu gehen..

Dabei können unsere Hochschulen soviel mehr. Sie garantieren nicht nur das Recht auf Bildung und freie Entfaltung, sondern sind ein Motor für Innovation, nachhaltige Entwicklung und bieten die Möglichkeit junge Menschen ins Land zu holen und auszubilden. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels ist dies ein kaum zu unterschätzendes Politikfeld.

Daher ist ein Paradigmenwechsel zwingend notwendig, denn Investitionen in Hochschulen und Universitäten sind eine Investition in die Zukunft. Gerade mit unseren Universitäten Rostock und Greifswald, den beiden ältesten Unis im gesamten Ostseeraum, haben wir hier die perfekte Ausgangssituation. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten daher für 25 Millionen (?) Euro jährlich, die in Zukunft in die Hochschulen und Universitäten fließen sollen.

### **Soziale Hochschule**

Vor allem der soziale Bereich bedarf hier eines dringenden Ausbaus. Soziale wie psychologische Beratung sind momentan eher Randaufgaben der Studierendenwerke, ebenso wie die Betreuung von Kindern von Studierenden und Universitätsmitarbeiter\*innen. Dabei ist gerade durch die Verschulung und das enge Korsett der Bologna-Reform die Belastung für Studierende enorm gestiegen. Auch durch die seit Jahren auf sich wartende Reform des BAföG müssen mittlerweile die Hälfte aller Studierenden neben dem Vollzeitstudium (!) arbeiten, um ihr Studium finanzieren zu können. Durch diese Mehrfachbelastungen sind die Zahl der Studienabbrecher\*innen drastisch gestiegen und viele junge Menschen vor allem aus nicht-akademischen Milieus schrecken davor zurück ein Studium zu beginnen. Die Folge sind sinkende Studierendenden- und vor allem Absolvent\*innenzahlen und eine zunehmende soziale Undurchlässigkeit.

Für uns BÜNDNISGRÜNE sind daher folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

1. Eine Entschlackung der Studienpläne und ein Rückgängigmachen des Verschulungsprozesses mittels gesetzlich festgelegten Höchstprüfungszahlen und einer maximalbegrenzung von Modulen, die auch eine Quote von nicht-benoteten Modulen enthält. Regelprüftermine wollen wir in Gänze abschaffen, damit Studierende ihre Studium freier ausgestalten können.
2. Die Möglichkeit eines Halbtagesstudiums und Urlaubssemester ohne die nähere Angabe von Gründen muss für alle Studierenden ermöglicht werden, um mehr Flexibilität zu schaffen.

3. Investitionen in mehr Personal und ein Ende des Landespersonalkonzepts, das die Hochschulen und Universitäten in die prekäre Lage versetzt nicht genügend Lehrpersonal zu haben, um ausreichend Lehrveranstaltungen anzubieten.
4. Eine Erweiterung der Aufgaben der Studierendenwerke, die auch soziale und psychologische Beratung, sowie das Bereitstellen von Betreuungsangeboten für Kinder als Pflichtaufgabe einbezieht. Für diese zusätzlichen Pflichtaufgaben muss in zusätzlichem Maße Geld investiert werden.
5. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass es keine Studiengebühren an den Universitäten geben darf. Weder in Form von allgemeinen Studiengebühren - egal ob für Erst- oder Zweitstudium - noch in Form von Verwaltungsgebühren. Hier müssen rechtliche Lücken endlich geschlossen werden.
6. Eine Überarbeitung der Lehrer\*innenbildung an den Hochschulen. Hier müssen durch die vom Bildungsministerium forcierte, vollkommen überstürzte Modularisierung der Lehramtsstudiengänge und daraus entstandenen Verwerfungen dringend korrigiert werden. Dazu bedarf es auch zusätzlichen personellen wie finanziellen Mitteln. Die Universität Greifswald muss zudem dringend weiter Standort der Lehramtsausbildung bleiben. Institutsschließungen und eine weitere Reduzierung der Angebote muss gestoppt werden.

Soziale Einschnitte betreffen an den Hochschulen in unserem Land nicht nur Studierende. Auch unter den Universitätsmitarbeiter\*innen, speziell den wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen hat in den vergangenen Jahren ein enormer Prekarisierungsprozess stattgefunden. Dauerbefristungen, nicht-bezahlte oder nur schlecht vergütete Lehraufträge gehören leider zum traurigen Alltag. Junge Wissenschaftler\*innen haben ein Recht auf vernünftig bezahlte Beschäftigungsverhältnisse und auch längerfristige Planungssicherheit.

Daher sehen wir BÜNDNISGRÜNE hier folgenden Handlungsbedarf:

1. Wir wollen einen Mindestlohn für Lehraufträge einführen und unbezahlte Lehraufträge verbieten.
2. Wir fordern einen Mindestzeitraum bei Einstellung und Maßnahmen gegen "Dauerbefristungen".
3. Eine Stärkung der Personalvertretungen an den Hochschulen.
4. Eine vernünftige finanzielle Ausstattung der Universitäten und ein Ende des Landespersonalkonzepts, damit die Universitäten wieder die Möglichkeit haben langfristige und unbefristete Stellen zu schaffen.

### **Demokratische, nachhaltige und friedensfördernde Hochschulen**

Neben den drängenden finanziellen und strukturellen Fragen der Ausgestaltung der Hochschulen wollen wir aber auch die Hochschuldemokratie weiterentwickeln. Hier gibt es an einigen Punkten in Mecklenburg-Vorpommern schon durchaus zukunftsweisende Projekte. So hat die Universität Rostock als erste bundesweit das Amt der Studentischen Prorektor\*in eingeführt, also einer studentischen Vertretung direkt in der Universitätsleitung. Derlei Entwicklungen zur Demokratisierung sollten unbedingt ausgebaut und verstetigt werden. Zudem sollten die

Universitäten und Studierendenschaften als Träger der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Auch wollen wir die Hochschulen dazu ermutigen und befähigen bei zukunftsweisenden und gesamtgesellschaftlichen Projekten, wie der Energiewende oder dem Weg zu einer friedlicheren Welt noch stärker voran zu gehen.

Wir BÜNDNISGRÜNE streiten daher für folgende konkrete Maßnahmen:

1. Einbindung aller Statusgruppen bei der Erstellung der Zielvereinbarungen. Das muss auch die Verfassten Studierendenschaften und die Arbeitnehmer\*innenvertretungen einschließen.
2. Die künstliche Differenzierung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeiner Politik hat sich in der Praxis als wenig sinnvoll erwiesen. Wissenschaft, Lehre und Gesellschaft sind nicht voneinander zu trennen, daher müssen sich Studierendenschaften zu allen politischen Fragen äußern dürfen.
3. Die Funktion einer Studentischen Prorektorin an der Universität Rostock hat sich für die Studierendenschaft und die Hochschulen bewährt. Daher fordern wir, dass diese Position auch an allen anderen Hochschulen des Landes geschaffen wird.
4. Wir wollen für alle Hochschulgremien eine Drittelparität einführen, damit alle Statusgruppen – Studierende, Mitarbeiter\*innen und Professor\*innen - gleichermaßen vertreten sind und keine in demokratischen Prozessen unter die Räder gerät.
5. Forschung und Lehre haben ausschließlich friedlichen Zwecken zu dienen. Es wird zeit, dass das in ganz Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird. Daher muss die Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz.
6. Die leichtere Möglichkeit für Hochschulen ihre nicht genutzten Flächen für Windenergie zur Verfügung zu stellen und Solaranlagen auf den Dächern ihrer Gebäude zu installieren.
7. Zudem wollen wir einen landeseigenen Forschungsfond für Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien und Speichertechnologien auf die Beine stellen, um diesen für die Energiewende so relevanten Bereich deutlicher zu stärken.
8. Das Milliarden fressende Projekt Wendelstein 7-X zur Erforschung der Kernfusion wollen wir endlich auf Eis legen, da die Kosten seit Jahren aus dem Ruder laufen, während die Kernfusion frühestens in 50 Jahren zur Verfügung steht und somit keinen relevanten Beitrag mehr zur Bekämpfung des Klimawandels leisten kann. Die dadurch freiwerdenden Millionenbeträge wollen wir in die weitere Forschung erneuerbarer Energien investieren.